

Fragenkatalog zur Anhörung „Regulierung des Prostitutionsgewerbes“ am 12.06.2014

Bitte nutzen Sie den untenstehenden Fragekatalog für Ihre Stellungnahme und senden Sie Ihre Stellungnahme bitte per E-Mail bis spätestens am 02.06.2014 an: veranstaltung@bafza.bund.de. Für technische oder organisatorische Rückfragen steht Ihnen Frau Svenja Hopka (Tel.Nr. 030/2061375 13 BAFzA Veranstaltungsmanagement) zur Verfügung; bei inhaltlichen Rückfragen können Sie sich auch an das zuständige Fachreferat im BMFSFJ, 403@bmfsfj.bund.de oder an Frau Niebuer, 03018 555 2867 wenden.

Der Fragebogen richtet sich an unterschiedliche Fachkreise; beantworten Sie jeweils die Fragen, durch die Sie sich angesprochen sehen. Für weiterführende Fragen und Bemerkungen ist am Ende des Fragebogens Raum gelassen.

<p>A.</p>	<p>Ziele und Regelungsbereiche eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes</p> <p>Der <i>Ratschlag Prostitution Hamburg (RPH)</i> versteht das Prostitutionsgesetz von 2002 als einen ersten sehr positiven Schritt für die Anerkennung der Arbeits- und Sozialrechte von Sexarbeiter_innen in Deutschland. Andere Schritte müssen jedoch folgen um eine konkrete Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiter_innen zu erreichen.</p> <p>Der RPH sieht dabei folgende Hauptentwicklungen notwendig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Entkriminalisierung der Sexarbeit 2. Die berufliche Anerkennung der Sexarbeit 3. Die rechtliche Gleichstellung von Sexarbeit mit anderen selbständigen Berufen 4. Die Trennung von Sexarbeit und Menschenhandel <p>Der RPH erwartet daher, dass die neu dazu kommenden Regelungen und Entscheidungen die Frauen, Männer und Transgender die in der Sexarbeit tätig sind, betreffen, zwei Grundregelungen beachten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sexarbeiter_innen sollen bei allen Diskussionen und Entscheidungen bezüglich die Ausübung von Sexarbeit, ein garantiertes Mitspracherecht haben 2. Sexarbeit soll von einer sachlich, arbeitsrechtlichen Perspektive diskutiert werden, und nicht von einem moralischen Diskurs geprägt werden.
<p>B.</p>	<p>Anwendungsbereich des Gesetzes</p> <p>Es sollen ALLE möglichen Formen der Sexarbeit – erotische wie sexuelle Dienstleistungen - erfasst werden, in denen Frauen, Männer und Transgender tätig sind. Nur in dieser Form wird die Vielfalt der Sexarbeit anerkannt und rechtlich</p>

	<p>angesprochen.</p> <p>Diese Vielfalt bezieht sich auf die <u>indoor</u> Sexarbeit (Wohnungen, Bordelle, Laufhäuser, Massagesalons, Bars, FKK-Clubs, Nacht-Clubs, Strip-Clubs, SM-Studios, Kinos, Hotels, Fenster), auf die <u>outdoor</u> Sexarbeit (Straße, Parks, Wohnmobile, Verrichtungsboxen), sowie auf <u>Telemedien</u> (Telefon, Internet) und durch die Vermittlung von <u>Escort-Agenturen</u>.</p>
C.	<p>Regelungen für Prostitutionsstätten und ähnliche Betriebe</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Welche Angebotsarten sollten als Prostitutionsstätte einer Erlaubnispflicht unterstellt werden? ▪ Sollte eine Erlaubnispflicht neben Bordellen und ähnlichen festen Betriebsstätten auch für weitere Formen des Prostitutionsgewerbe gelten (z.B. Escort- Agenturen, Wohnmobil-Prostitution, Prostitutions-Veranstaltungen)? ▪ Welche Regelung sollte für die Wohnungsprostitution gelten? ▪ Welche Voraussetzungen sollten für die Erteilung einer Erlaubnis gelten – ggf. abgestuft nach Angebotsformen? ▪ Sollte für bestimmte Betriebsformen / Angebote im Bereich der Prostitution anstelle einer Erlaubnispflicht eine Überwachungspflicht nach dem Vorbild von § 38 GewO normiert werden? Wenn ja, für welche? <p>Der RPH begrüßt eine gewerbliche Regulierung von Prostitutionsstätten. Sie ergibt sich folgerichtig aus der Anerkennung der Prostitution als Erwerbstätigkeit, die entsprechenden Schutz des Grundgesetzes beanspruchen kann. Damit muss die bisher praktizierte Regulierung über Polizei- und Strafrecht durch ein ordnungsrechtliches Modell des öffentlichen Wirtschaftsrechts abgelöst werden.</p> <p>Die Suche nach weiteren Regeln der Ausgestaltung sollte konsequent auf die Rechtssicherheit und Entdiskriminierung der in der Prostitution Tätigen ausgerichtet sein, sowohl der Sexarbeiter_innen als auch der Betreiber_innen von Prostitutionsstätten.</p> <p>Es ist zu prüfen, welche Rechtsgüter geschützt werden sollen, welche Rechtspositionen gegeneinander abgewogen werden müssen und ob die beabsichtigten Maßnahmen geeignet und in ihrem Umfang notwendig sind.</p> <p>In den bisherigen Vorschlägen zur Ausgestaltung einer Erlaubnispflicht wurden diese Aspekte wenig bedacht. Die Rechtsposition der Betreiber_innen von Prostitutionsstätten wurde regelrecht ausgeklammert, die der Sexarbeiter_innen auf den Status eines zu schützenden Objektes reduziert. Als Rechtssubjekte wurden sie nicht einbezogen. Die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Regelungen ist dementsprechend wenig plausibel und zielführend.</p> <p>Eine Anmeldepflicht gemäß § 14 GewO und die Instrumente der Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit gem. § 35 GewO sowie der Überwachung gem. § 29 GewO hält der RPH für ausreichend.</p>

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ In welcher Weise sollten (räumliche, gesundheitsbezogene, sicherheitsbezogene) Vorgaben an die Gestaltung von Prostitutionsstätten zum Schutz der im Sexgewerbe Tätigen bzw. ihrer Kunden sowie der Nachbarschaft, der Jugend, der Allgemeinheit geregelt werden? ▪ Welche Vorgaben sollten gesetzlich bzw. durch Verordnung geregelt werden, welche können ins Ermessen der ausführenden Behörden gestellt werden? <p>Nach den unter CI genannten Grundsätzen muss im Dialog mit den Beteiligten nach Wegen gesucht werden, die Rahmenbedingungen für die Ausübung der Prostitution konkret zu verbessern. Dazu gehört, präzise zu definieren, was unter Prostitutionsstätten zu verstehen ist, wie sie von der selbständigen Ausübung der Prostitution zu unterscheiden sind und welche Anforderungen an Arbeitsräume, sanitäre Anlagen und technische Einrichtungen zu stellen sind.</p> <p>Zu überlegen ist, ob im partizipativen Ansatz über ein gesondertes Prostitutionsstättengesetz oder berufsständische Vereinbarungen Mindeststandards verbindlich gesetzt werden können.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unter welchen Voraussetzungen soll der Betrieb eines Prostitutionsgewerbes untersagt werden können? ▪ Sollten Verbote vorgesehen werden? <p>Wird u.E. bereits in der Gewerbeordnung § 35 geregelt.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Welche Pflichten des Betreibers sollten geregelt werden? <p>Siehe C II. Wünschenswert wäre es, dass Betreiber_innen vor Aufnahme des Betriebes Sachkunde zur Führung des Betriebes nachweisen.</p>
D.	Anzeige- /Anmeldepflicht für Prostituierte
	<p>Der RPH fordert die Einstufung der selbständig ausgeübten Sexarbeit als freiberufliche Tätigkeit. Das entspricht dem persönlichen Charakter dieser Tätigkeit. Damit entfällt dann auch eine Anzeigepflicht als Gewerbe.</p> <p>Der Zusammenschluss mehrerer freiberuflich tätiger Sexarbeiter_innen sollte nicht als Prostitutionsstätte eingestuft und entsprechend von der Anzeigepflicht ausgenommen werden.</p> <p>Eine gewerbliche Anzeigepflicht beutet auch den Verlust der Anonymität und überschneidet sich mit der hohen Mobilität dieser Berufsgruppe.</p> <p>Der RPH lehnt eine Melde- oder Anzeigepflicht von Sexarbeiter_innen grundsätzlich ab.</p>

D	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sollte die Anmeldung mit einer Beratung /Information durch die zuständige Behörde bzw. damit betraute Stellen verknüpft werden? ▪ Sollte die Anzeige mit einer Pflicht zum Nachweis einer bestehenden Krankenversicherung oder weiteren Nachweisen verknüpft werden? ▪ Welchen Nachweis sollten Prostituierte über die erfolgte Anmeldung erhalten, und wofür könnten sie diesen nutzen? ▪ Welche Folgen sollten an einen Verstoß gegen die Anzeigepflicht geknüpft werden? ▪ Durch welche Stelle bzw. in welcher Form sollten die Meldedaten der Prostituierten aufgenommen bzw. registriert werden? ▪ Wie sollten ggf. Auskunftsrechte (z.B. im Vergleich zur Gewerbeauskunft) ausgestaltet werden, um schutzwürdigen Belange von Prostituiert Clen Rechnung zu tragen?
E.	<p>Überwachungs- und Kontrollbefugnisse</p> <p>Die Überwachungs- und Kontrollbefugnisse werden in § 35 GewO geregelt. Ein darüber hinausgehender Bedarf an Überwachungs- und Kontrollbefugnissen wird nicht gesehen.</p> <p>Die Polizeilichen Überwachungs-, Kontroll- und Eingriffsbefugnisse bei Verdacht strafbarer Handlungen werden dadurch in keiner Weise eingeschränkt.</p>
F.	<p>Weitere Regeln für die Ausübung der Prostitution:</p>
F	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sollte ein Mindestalter von 21 Jahren für die Ausübung der Prostitution vorgeschrieben werden? ▪ <u>Wenn ja</u>, wie sollte dieses ausgestaltet sein? Sollte es sanktionsbewehrt sein? <p>Artikel 12 des Grundgesetzes regelt die Freiheit der Berufswahl. Da Prostitution/Sexarbeit ein freier und legaler Beruf und eine anerkannte Erwerbstätigkeit ist, gilt auch hier die Freiheit der Berufswahl.</p> <p>Der RPH glaubt, dass die Grenzen zwischen Prostitution und Menschenhandel bzw. Verbrechen gegen das sexuelle Selbstbestimmungsrecht klar gezogen werden müssen. Verbrechen gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Ausbeutung müssen verfolgt und bestraft werden. Wir schließen uns dem Vorschlag von Prof. Dr. Renzikowski an: „Wie in vielen europäischen Nachbarländern könnte man einen einheitlichen Straftatbestand für die Rekrutierung der Opfer vorsehen, während die verschiedenen Ausbeutungsziele dort geregelt würden, wo sie hingehören: im Sexualstrafrecht, in den Straftatbeständen des Arbeitsstrafrechts¹ ...“ In diesem Sinne würde eine einzige Strafnorm für Menschenhandel in alle Erwerbstätigkeiten – auch Prostitution – ausreichen.</p> <p>Die Sonderregelung für die Altersgruppe der 18 bis unter 21-Jährigen führt den mit dem Prostitutionsgesetz abgeschafften Straftatbestand der „Förderung der Prostitution“ wieder ein. Hier wird auf die Voraussetzung der „Zwangslage oder Hilflosigkeit“ verzichtet. Es gilt bereits als Menschenhandel, wenn einer Person dieser Altersgruppe ein Arbeitsplatz in der Prostitution angeboten wird oder sie dabei unterstützt wird,</p>

	<p>einen solchen Arbeitsplatz zu finden. Was möglicherweise als Schutz für eine besonders verwundbare Gruppe gedacht war, führt eher zu besonderen Risiken für Personen dieser Altersgruppe. Ihnen wird der Zugang zu sicheren <i>Indoor</i>-Arbeitsplätzen erschwert. Zumindest als erster Arbeitsplatz steht ihnen nur der Straßenstrich offen, der bekanntlich gerade für Personen mit geringen Erfahrungen die meisten Risiken bergen.</p> <p>Diese Regelung überschneidet sich zudem mit der Schutzaltersgrenze des §180 StGB (Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger) und §182 (Sexueller Missbrauch von Jugendlichen). Mit der Vollendung des 18. Lebensjahres wird allen Personen die umfassende Fähigkeit zugetraut, eigenverantwortlich über ihre sexuellen Kontakte zu befinden. Uns ist unverständlich, warum Sexarbeiter_innen davon ausgeschlossen werden sollten. (¹Renzikowski: Rechtsfragen der Reglementierung von Prostitution, RT Prostitution NRW, 12.02.2013, Seite 13)</p>
F	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Befürworten Sie eine rechtliche Verpflichtung zur Verwendung von Kondomen für (weibliche und männliche) Prostituierte und deren Kunden? ▪ Wenn ja, sehen Sie <u>bundesgesetzlichen</u> Regelungsbedarf? <p>Eine Kondompflicht halten wir für unsinnig!</p> <p>Soll die Pflicht dem Kunden oder der Dienstleisterin obliegen?</p> <p>Stattdessen sollte der sichere und normale Umgang und die Verwendung von Verhütungs-/Schutzmitteln Teil der gesundheitlichen Aufklärung in der Bevölkerung sein.</p> <p>Das Schließen eines rechtsgültigen Vertrags zwischen Sexarbeiterin und Kunde sollte für beide Seiten ein Optimum an Sicherheit gewährleisten, welches nur über gemeinschaftlich vereinbarte Regeln erreicht werden kann, nicht jedoch über gesetzliche Vorschriften.</p> <p>Darüber hinaus kann u.E. die Erfüllung einer Kondompflicht nicht überprüft werden, außer über unsittliche Maßnahmen seitens der Ordnungsbehörden.</p>
F	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Befürworten Sie ein Verbot der Werbung für ungeschützten Geschlechtsverkehr? <p>Nein. Der RPH glaubt, dass Werbung sich in der Regel der Nachfrage anpasst. Wird ein Werbungssegment verboten, so erscheint es innerhalb kürzester Zeit unter anderen Vorzeichen.</p> <p>Das Werbungsangebot unterliegt wie in allen anderen wirtschaftlichen Marktsegmenten den Kundenwünschen und den Anbietermöglichkeiten.</p> <p>Von Seiten der Anbieter_innen soll sie gewinnorientiert sein, stimulieren und eine Illusion erzeugen. Dies gilt für alle Produkte auf dem Wirtschaftsmarkt. Letztlich ist die angebotene Dienstleistung meist weit entfernt von der Werbung.</p>

	<ul style="list-style-type: none"> Sehen Sie sonstigen Gesetzgebungsbedarf im Zusammenhang mit Werbung für Prostitution? <p>Nein. Ein legaler Beruf sollte genau wie alle anderen Berufe/Berufssparten Werbung machen können.</p> <p>Allerdings halten wir eine menschenwürdige, antirassistische und antisexistische Werbung ganz allgemein für alle Berufssparten für wünschenswert.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> <u>Wenn ja</u>, in welcher Weise und mit welcher Zielsetzung? <p>Der RPH begrüßt das Positionspapier zu der Diskussion um die Wiedereinführung der Pflichtuntersuchung auf STI für Prostituierte (Unterstützt von diversen Amtsleiter_innen verschiedener Gesundheitsämter, dem Fachausschuss Infektionsschutz des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD e. V.), Stand: 26. Mai 2014, www.aerzte-oegd.de) und setzt dies als bekannt voraus. Den zentralen Punkten wie:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eine Untersuchungspflicht für Prostituierte ist keine geeignete Maßnahme zur Eindämmung der Ausbreitung von STI! 2. Eine Untersuchungspflicht ist nicht notwendig, um die Verbreitung von STI zu verhindern! 3. Eine Untersuchungspflicht ist auch nicht angemessen, d.h. sie schadet mehr als dass sie nützt! 4. Die geforderte Untersuchungspflicht und die weiteren in diesem Zusammenhang geforderten Maßnahmen stehen nicht in Übereinstimmung mit geltenden Rechtsnormen! 5. Die Ziele einer Pflichtuntersuchung liegen außerhalb des Infektionsschutzes! <p>schließt sich der RPH an und hält eine Rückkehr zu der Untersuchungspflicht auf sexuell übertragbare Infektionen (STI) für Prostituierte nicht für sinnvoll.</p>
	<p>Der Regelungsspielrahmen sollte in der Sexarbeit dem Rahmen angepasst werden, dem andere Berufe unterliegen. Sämtliche Sondergesetze und Sonderregelungen sind somit obsolet.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> Kann der Zugang von Menschen in der Prostitution zu gesundheitlichen und sozialen Beratungsangeboten <u>gesetzlich</u> gestärkt werden und wenn ja, durch welche

	<p>Regelungen?</p> <ul style="list-style-type: none"> Sehen Sie hierzu Gesetzgebungsbedarf auf Bundesebene? <p>Siehe F. IV. zu gesundheitlichen Beratungsangeboten.</p> <p>Niedrigschwellige soziale und rechtliche Beratungsangebote sollten in jedem Bundesland von NGO's vorgehalten werden. Dazu muss es eine Verpflichtung der Finanzierung geben, um eine Kontinuität zu erhalten. Sinnvoll wäre es, die Selbsthilfe finanziell zu unterstützen und auszubauen.</p>
G	<p>Rechtsverhältnis zwischen Prostituierten, Betreibern und Kunden</p> <p>Prostitution ist eine höchstpersönliche Dienstleistung, die voraussetzt, dass die ausübende Person ihr Angebot selber definiert. Insoweit ist dies gesetzlich bereits geregelt.</p>
H.	<p>Kommunaler Gestaltungsrahmen und räumliche Vorgaben für die Prostitution</p> <p>Der RPH sieht dringenden Änderungsbedarf in der Sperrgebietsverordnung. Art. 297 EGStGB erlaubt es den Ländern und Landesbehörden derzeit sogenannte Sperrgebietsverordnungen zu erlassen. Diese verbieten nicht nur die Ausübung der Prostitution in bestimmten Gebieten, zu bestimmten Tageszeiten oder in bestimmten Ausprägungsformen sondern kriminalisieren die Menschen die diese Dienstleistung anbieten. Sexarbeit auf der Straße wird häufig von Konsumentinnen illegalisierter Drogen, Migrantinnen und Transgender angeboten. Durch Sperrgebietsverordnungen wird die Sexarbeit in abgelegene Gebiete mit gefährlichen und menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen abgedrängt. Die Gefahr von körperlichen und sexuellen Übergriffe auf Sexarbeiter_innen steigt immens und führt dazu, dass die in diesem Bereich der Sexarbeit tätigen Personen sich in einen Kreislauf von Gewalt, Abhängigkeiten, Kriminalisierung und enormer Verschuldung durch Bußgelder (siehe Beispiel Hamburg St. Georg) begeben müssen.</p> <p>Ergänzend schließt sich der RPH an den Forderungen des BUFAS aus 2013 an:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ersatzlose Streichung der Paragraphen 180a und 181a StGB (Ausbeutung von Prostituierten, Zuhälterei) - Ersatzlose Streichung §184e StGB (Ausübung der verbotenen Prostitution) - Ersatzlose Streichung §184f StGB (Jugendgefährdenden Prostitution) - Ersatzlose Streichung der Paragraphen 119 und 120 I Nr.2 OWiG (Grob anstößige und belästigende Handlungen, Verbotene Ausübung der Prostitution, Werbung für Prostitution) - Ersatzlose Streichung des §55 Absatz 2 Nr. 3 des Aufenthaltsgesetzes (Ermessensausweisung)

	- Keine steuerliche Sonderbehandlung
I.	<p>Schnittstellen zum Strafrecht</p> <p>Der RPH schließt sich in dieser Frage an dem Positionspapier des BesD an:</p> <p>"Im Zusammenhang mit der Forderung nach einer konsequenten Entkriminalisierung der Prostitution sprechen wir uns für eine Streichung sämtlicher prostitutionsspezifischer Einzelnormen im Strafrecht aus.</p> <p>Wir fordern die ersatzlose Streichung der §§ 180a StGB (Ausbeutung von Prostituierten) und 181a StGB (Zuhälterei), da es sich um Sondergesetze handelt. Keine andere Erwerbstätigkeit wird mit einer eigenen Regelung im Strafgesetzbuch vor Ausbeutung und Zuhälterei geschützt. Die Verfolgung dieser Tatbestände ist durch andere Rechtsnormen bereits ausreichend gesichert: § 177 StGB (sexuelle Nötigung), § 253 StGB (Erpressung), § 240 StGB (Nötigung), § 138 BGB (sittenwidriges Rechtsgeschäft, Wucher), § 134 BGB (Ausbeutung). Der abzuschaffende Paragraph kollidiert mit der Intention des ProstG, die Stigmatisierung von Sexarbeit abzubauen.</p> <p>Wir sprechen uns ebenfalls für die Streichung des § 184f StGB (Jugendgefährdende Prostitution) aus. Das Argument, "die Jugend und der öffentliche Anstand" müssten vor der Konfrontation mit käuflicher Sexualität geschützt werden, ist im Hinblick auf die in unserer Gesellschaft heutzutage überall öffentlich präsentierte Sexualität (Zeitschriften, Werbung, Fernsehen, Internet) weltfremd und unzeitgemäß.</p> <p>Für eine Streichung des § 184e StGB (Ausübung der verbotenen Prostitution) plädieren wir aus demselben Grund, wie für die Streichung des Art. 297 EGStGB (Verbot der Prostitution). Durch die dort legitimierten Sperrgebietsverordnungen werden die freie Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes gemäß Artikel 12 GG eingeschränkt. Durch Sperrgebiete wird die Sexarbeit oft abgedrängt in abgelegene Gebiete, die gefährliche und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen bieten. Dadurch erhöhen sich die Gefahren krimineller Übergriffe auf Sexarbeiter_innen und der Bedarf an Aufpassern und Beschützern wird erhöht. Weiterhin kommt es zu einer künstlichen Verknappung der Arbeitsmöglichkeiten und zur Monopolisierung, was Wuchermieten Tür und Tor öffnet und den Konkurrenzdruck unter Kolleg_innen erhöht.</p> <p>Außerdem sprechen wir uns für eine Zusammenlegung des § 232 StGB (Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung) mit dem § 233 StGB (Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft) sowie eine Absenkung des Sonderschutzesalters von 21 Jahren auf 18 Jahre. Sexuelle Ausbeutung sollte generell und gegenüber allen Menschen verboten sein, nicht nur gegenüber Menschen, die in der Prostitution arbeiten oder allein im Zusammenhang mit Menschenhandel. Demgegenüber sollte die Ausbeutung der Arbeitskraft generell und auch im Rahmen der Prostitutionsausübung verboten sein und nicht nur im Rahmen der Ausübung anderer Berufe oder im</p>

	<p>Zusammenhang mit Menschenhandel. Die derzeitige Aufspaltung in zwei Einzelnormen verwischt die Grenzen zwischen Menschenhandel und Prostitution, bzw. Arbeitsausbeutung und sexuellem Selbstbestimmungsrecht.</p> <p>Im § 104 Absatz 2 StPO (Durchsuchung von Räumen zur Nachtzeit) fordern wir eine Streichung der Worte "oder die Prostitution". Die Polizei hat bisher gegenüber keinem anderen, durch Art. 12 GG geschützten Beruf, eine Generalvollmacht zur Durchsuchung von Arbeitsstätten."</p>
J.	<p>Weiterer Regelungsbedarf</p> <p>Auch in dieser Frage schließt sich der RPH dem Positionspapier des BesD an:</p> <p>"Auch für eine Anpassung der Polizeirechte auf Landesebene sehen wir Bedarf. Mit der unter Punkt E. und Punkt I. genannten Begründung lehnen wir eine Verschärfung der Landespolizeigesetze und das Polizeirecht auf Durchsuchung unserer Arbeitsstätten und Identitätskontrollen von Personen in unseren Arbeitsstätten ab.</p> <p>Als absolut überfällig erscheint uns die Streichung des § 55 Absatz 2 Satz 3 AufenthG, der die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Bundesrepublik Deutschland durch den Aufenthalt von Drittstaatenangehörigen in der "Gewerbsunzucht" [sic!] gefährdet sieht. Für keine andere Berufsgruppe existiert ein gesondertes Ausweisungsrecht.</p> <p>Obleich es ein Sondergesetz darstellt, sollte das Prostitutionsgesetz zunächst bestehen bleiben. Wir plädieren jedoch für eine Streichung des § 2 ProstG. Dadurch, dass Forderungen nicht abgetreten, sondern nur im eigenen Namen geltend gemacht werden können, ist es Sexarbeiter_innen, die nicht geoutet sind, unmöglich, entgangene Löhne von Unterstützer_innen einklagen lassen. Auch gehen Betreiber_innen leer aus, die eine EC- oder Kreditkarten-Zahlung anbieten und ungedeckte Zahlungen erhalten. In einem solchen Fall müsste die Sexarbeiter_in klagen, die ihr Entgelt aber bereits vom Betreiber ausgezahlt bekommen hat.</p> <p>Im ProstG sollte außerdem festgehalten werden, dass es sich bei der selbstständig ausgeübten Prostitution um einen Freien Beruf handelt und dass unserer Branche keine Sondersteuern oder Sonderbesteuerungsverfahren auferlegt werden dürfen. Abgabenordnung und bestehende Steuergesetze sollten auf unseren Beruf ebenso angewendet werden, wie auf jeden anderen. Das sogenannte "Düsseldorfer Verfahren", wie es bereits in einigen Bundesländern angewandt wird, halten wir für diskriminierend und mit dem Grundsatz der gleichen Besteuerung (§ 85 AO) für unvereinbar.</p> <p>Vor dem Hintergrund der großen Stigmatisierung wäre es eine große Erleichterung, wenn Sexarbeiter_innen ihren Arbeitsnamen nach § 9 Abs. 3 PauswG als Künstlernamen (Pseudonym) in den Personalausweis eintragen lassen und unter diesem Pseudonym Rechtsgeschäfte (Eröffnung von Bankkonten für Vorauszahlungen von Kunden, Abschluss von Mietverträgen für Modellwohnungen und Angabe von Rechnungsadressen für Werbung) tätigen</p>

	<p>könnten. Sexarbeiter_innen haben ein besonderes Interesse daran, dass ihre private Identität geschützt bleibt, um bspw. nicht Opfer von Stalking o.ä. zu werden.</p> <p>Der Paragraph § 5 TMG regelt die Impressumspflicht auf Webseiten und erfordert die Angabe von bürgerlichem Namen und Niederlassungsanschriften. Für selbstständige Sexarbeiter_innen ist dies eine sehr hohe Hürde, denn sie müssen sich nicht nur mit dem bürgerlichen Namen outen, sondern viele müssen auch ihre Wohnadresse öffentlich machen. Bei Selbstständigen, die nicht fest in einer einzigen Prostitutionsstätte arbeiten oder Escort-Services anbieten, ist die private Wohnanschrift auch der Sitz der Webseite. Daher plädieren wir für eine Änderung der Impressumspflicht für Webseiten von Sexarbeiter_innen, die anstelle des bürgerlichen Namens die Angabe von Künstlernamen und anstelle einer Adresse, die Angabe einer gültigen E-Mail-Adresse und Telefonnummer erlaubt.</p> <p>Außerdem sprechen wir uns dafür aus, dass die Worte "der Berufswahl" nach "des Alters" in § 1 AGG aufgenommen werden. Ziel des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes wäre es demnach auch, eine Benachteiligung aus Gründen der Berufswahl zu verhindern. Dies würde Sexarbeiter_innen die Angst vor dem Verlust von Sorgerechten für ihre Kinder oder vor Entlassung aus ihrem Hauptberuf im Falle eines Outings geben. Ebenso wäre eine frühere Tätigkeit in der Prostitution kein Grund mehr, eine Einstellung in einem anderen Tätigkeitsfeld zu versagen."</p>
K.	<p>Regelungsstandort; Vollzug; Länderregelungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sollte die Regulierung des Prostitutionsgewerbes in einem eigenen Gesetz verankert werden? Oder ist eine Eingliederung in bestehende Gesetze vorzuziehen? ▪ Gibt es Regulierungsbereiche, die den Ländern überlassen bleiben sollten? Welche? ▪ Welche Behörden sollten für die Umsetzung zuständig sein? <p>Sondergesetze erhalten auch einen Sonderstatus. Dies gilt auch für den Bereich der Prostitution. Im Allgemeinen befürworten wir daher die Integration in bestehende Gesetze und den Erhalt des ProstG als Übergangslösung.</p> <p>Das Prostitutionsgesetz wird in den einzelnen Ländern unterschiedlich umgesetzt. Die mangelnde Integration in die Ländergesetze sehen wir als seine größte Schwäche an, da die von Bundesland zu Bundesland verschiedenen Regelungen zu Rechtsunsicherheiten und Verwirrung führen und den Eindruck von Willkür erwecken.</p>
L.	<p>Zusammenfassend: Welche gesetzlichen Regelungen sind besonders wichtig bzw. unverzichtbar?</p> <p>Die rechtliche und soziale Gleichstellung der Sexarbeiter_innen mit anderen Erwerbstätigen scheint den RPH besonders dringend. Nur mit einer rechtlichen</p>

	Anerkennung wird die Rechtssicherheit der darin tätigen Menschen erreicht und der potentiellen Ausbeutung entzogen. Somit kann auch einer weiteren Kriminalisierung und Stigmatisierung entgegen gewirkt werden.
M.	<p>Flankierende Maßnahmen außerhalb der Bundesgesetzgebung</p> <p>Um Menschen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu stärken müssen sie über einen Zugang zu niedrigschwelligen Informationen verfügen können. Der RPH hält daher eine Förderung und Unterstützung von Beratungs- und Fortbildungsangeboten für Sexarbeiter_innen für notwendig.</p> <ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechtliche (und sozialversicherungsrechtliche) und soziale Beratungen ✓ Beratungen zu Qualifizierung und Perspektiven in der Sexarbeit ✓ Umstiegsberatungen und Weiterbildungsmöglichkeiten ✓ Beratungen zu Aufenthalts- und Absicherungsbedingungen und Möglichkeiten für Migrantinnen ✓ Bei den Angeboten sollte die direkte, aktive Einbeziehung von Sexarbeiter_innen als Berater und Sachverständige gewährleistet werden. Die Methode der <i>Peer-Education</i>, wie bereits durch Hydra e.V., den Verein move e.V. und das EU-Projekt TAMPEP bekannt ist. ✓ Die Einbeziehung kultureller Mediator_innen sollte Standard sein, um eine bessere Erreichbarkeit von Migrant_innen in der Prostitution zu gewährleisten.
N.	<p>Sonstige Anmerkungen</p> <p>Der RPH unterstützt und befürwortet die Aufklärungskampagne des EU-Projekt INDOORS, der in neun EU-Mitgliedsländern, von neun NGOs seit 2009 durchgeführt wird. (www.indoors-project.eu)</p>

